

Herrn
Jens Spahn
Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 11. November 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Spahn,

am Donnerstag berät der Haushaltsausschuss des Bundestags abschließend über den Haushalt 2026. Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Es liegt jetzt besonders an Ihnen und Ihrer Regierungsfraktion, dies einzufordern.

Humanitäre Hilfe rettet Leben; Kürzungen kosten Menschenleben. Wie schon im Haushalt 2025 plant die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe wieder um die Hälfte im Vergleich zu 2024 auf etwa 1 Milliarde Euro zu halbieren. Im Bundeshaushalt beträgt der Anteil der humanitären Hilfe dann 0,2 Prozent. Jeder Euro, der hier gekürzt wird, gefährdet Menschenleben: Dies führt zu weniger Nahrung, weniger Trinkwasser, weniger Schutz – und damit unweigerlich zu mehr Hunger, mehr Leid, mehr Todesfällen.

Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sollen stark gekürzt werden auf 9.94 Milliarden Euro. Dies sind 11% weniger als im Haushalt 2024 und 331 Millionen weniger als im Haushalt 2025. Dann macht die Entwicklungszusammenarbeit 1,9 % im Gesamthaushalt aus. Dies wird schwere Konsequenzen für Millionen Menschen haben. Die WHO warnt vor einem Kollaps im Kampf gegen Tuberkulose; die afrikanische Gesundheitsbehörde spricht von einem dramatischen Anstieg von Cholera-Fällen auf dem Kontinent.

Aktion gegen den Hunger fordert gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen:

- Stellen Sie mindestens 2,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereit.
- Halten Sie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mindestens auf dem Stand von 2024.

Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern dem Rückzug der USA etwas entgegensetzen. Internationale Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenwürde dürfen nicht unter den Tisch fallen. Dies ist für Frieden, Sicherheit und Wohlstand hier in Deutschland unverzichtbar. Der Bundestag muss dafür jetzt ein Zeichen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helene Mutschler
Geschäftsführerin
Aktion gegen den Hunger

An
Katharina Dröge und Britta Haßelmann
Vorsitzende Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 11. November 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Frau Dröge, sehr geehrte Frau Haßelmann,

am Donnerstag berät der Haushaltsausschuss des Bundestags abschließend über den Haushalt 2026. Setzen Sie sich bitte weiter dafür ein, dass mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Humanitäre Hilfe rettet Leben; Kürzungen kosten Menschenleben. Wie schon im Haushalt 2025 plant die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe wieder um die Hälfte im Vergleich zu 2024 auf etwa 1 Milliarde Euro zu halbieren. Im Bundeshaushalt beträgt der Anteil der humanitären Hilfe dann 0,2 Prozent. Jeder Euro, der hier gekürzt wird, gefährdet Menschenleben: Dies führt zu weniger Nahrung, weniger Trinkwasser, weniger Schutz – und damit unweigerlich zu mehr Hunger, mehr Leid, mehr Todesfällen.

Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sollen stark gekürzt werden auf 9.94 Milliarden Euro. Dies sind 11% weniger als im Haushalt 2024 und 331 Millionen weniger als im Haushalt 2025. Dann macht die Entwicklungszusammenarbeit 1,9 % im Gesamthaushalt aus. Dies wird schwere Konsequenzen für Millionen Menschen haben. Die WHO warnt vor einem Kollaps im Kampf gegen Tuberkulose; die afrikanische Gesundheitsbehörde spricht von einem dramatischen Anstieg von Cholera-Fällen auf dem Kontinent.

Aktion gegen den Hunger fordert gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen:

- Stellen Sie mindestens 2,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereit.
- Halten Sie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mindestens auf dem Stand von 2024.

Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern dem Rückzug der USA etwas entgegensetzen. Internationale Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenwürde dürfen nicht unter den Tisch fallen. Dies ist für Frieden, Sicherheit und Wohlstand hier in Deutschland unverzichtbar. Der Bundestag muss dafür jetzt ein Zeichen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helene Mutschler
Geschäftsführerin
Aktion gegen den Hunger

An
Heidi Reichinnek und Sören Pellmann
Vorsitzende Bundestagsfraktion Die Linke
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 11. November 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Frau Reichinnek, sehr geehrter Herr Pellmann,

am Donnerstag berät der Haushaltsausschuss des Bundestags abschließend über den Haushalt 2026. Setzen Sie sich bitte weiter dafür ein, dass mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Humanitäre Hilfe rettet Leben; Kürzungen kosten Menschenleben. Wie schon im Haushalt 2025 plant die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe wieder um die Hälfte im Vergleich zu 2024 auf etwa 1 Milliarde Euro zu halbieren. Im Bundeshaushalt beträgt der Anteil der humanitären Hilfe dann 0,2 Prozent. Jeder Euro, der hier gekürzt wird, gefährdet Menschenleben: Dies führt zu weniger Nahrung, weniger Trinkwasser, weniger Schutz – und damit unweigerlich zu mehr Hunger, mehr Leid, mehr Todesfällen.

Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sollen stark gekürzt werden auf 9.94 Milliarden Euro. Dies sind 11% weniger als im Haushalt 2024 und 331 Millionen weniger als im Haushalt 2025. Dann macht die Entwicklungszusammenarbeit 1,9 % im Gesamthaushalt aus. Dies wird schwere Konsequenzen für Millionen Menschen haben. Die WHO warnt vor einem Kollaps im Kampf gegen Tuberkulose; die afrikanische Gesundheitsbehörde spricht von einem dramatischen Anstieg von Cholera-Fällen auf dem Kontinent.

Aktion gegen den Hunger fordert gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen:

- Stellen Sie mindestens 2,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereit.
- Halten Sie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mindestens auf dem Stand von 2024.

Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern dem Rückzug der USA etwas entgegensetzen. Internationale Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenwürde dürfen nicht unter den Tisch fallen. Dies ist für Frieden, Sicherheit und Wohlstand hier in Deutschland unverzichtbar. Der Bundestag muss dafür jetzt ein Zeichen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helene Mutschler
Geschäftsführerin
Aktion gegen den Hunger

Herrn
Dr. Matthias Miersch
Vorsitzender SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Berlin, 11. November 2025

Haushaltskürzungen bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

am Donnerstag berät der Haushaltsausschuss des Bundestags abschließend über den Haushalt 2026. Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass mehr Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. Es liegt jetzt besonders an Ihnen und Ihrer Regierungsfraktion, dies einzufordern.

Humanitäre Hilfe rettet Leben; Kürzungen kosten Menschenleben. Wie schon im Haushalt 2025 plant die Bundesregierung, die humanitäre Hilfe wieder um die Hälfte im Vergleich zu 2024 auf etwa 1 Milliarde Euro zu halbieren. Im Bundeshaushalt beträgt der Anteil der humanitären Hilfe dann 0,2 Prozent. Jeder Euro, der hier gekürzt wird, gefährdet Menschenleben: Dies führt zu weniger Nahrung, weniger Trinkwasser, weniger Schutz – und damit unweigerlich zu mehr Hunger, mehr Leid, mehr Todesfällen.

Auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sollen stark gekürzt werden auf 9.94 Milliarden Euro. Dies sind 11% weniger als im Haushalt 2024 und 331 Millionen weniger als im Haushalt 2025. Dann macht die Entwicklungszusammenarbeit 1,9 % im Gesamthaushalt aus. Dies wird schwere Konsequenzen für Millionen Menschen haben. Die WHO warnt vor einem Kollaps im Kampf gegen Tuberkulose; die afrikanische Gesundheitsbehörde spricht von einem dramatischen Anstieg von Cholera-Fällen auf dem Kontinent.

Aktion gegen den Hunger fordert gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen:

- Stellen Sie mindestens 2,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe bereit.
- Halten Sie die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit mindestens auf dem Stand von 2024.

Deutschland muss gemeinsam mit anderen Ländern dem Rückzug der USA etwas entgegensetzen. Internationale Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenwürde dürfen nicht unter den Tisch fallen. Dies ist für Frieden, Sicherheit und Wohlstand hier in Deutschland unverzichtbar. Der Bundestag muss dafür jetzt ein Zeichen setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helene Mutschler
Geschäftsführerin
Aktion gegen den Hunger